

Antragsbuch für den Landesparteitag 2012.1

Piratenpartei Sachsen-Anhalt

Stand: 16. April 2012

Inhaltsverzeichnis

1 Satzungsänderungen	3
SÄA 1 § 2 (2) - Mitgliedschaft (Änderung)	3
SÄA 2 Ladungsmodalitäten - Anpassung §9b (2) (Der Landesparteitag) an Bundessatzung	3
SÄA 3 Landesfinanzordnung	3
SÄA 4 Umlage PartFin	4
SÄA 5 Umlage PartFin BaWü	4
SÄA 6 Umlage PartFin BaWü Sicher	5
SÄA 7 Finanzrat	5
SÄA 8 Gliederungen	5
SÄA 9 Gliederungen (Alternative mit Gründungsklausel)	6
SÄA 10 § 11 - Satzungs- und Programmänderung (3)	6
SÄA 11 § 10 - Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen	6
SÄA 12 Liquid Democracy	7
SÄA 13 Landesvorstand Piraten LSA - Amtszeitbegrenzung/Wiederwahl	7
SÄA 14 Kandidatur, Amtszeit, Wiederwahl, Landtag, Kreistage, Stadträte	8
SÄA 15 ein Pirat - ein Mandat	8
SÄA 16 Gliederungen_3	8
SÄA 17 Maximale Spendenhöhe von 5000 Euro	8
2 Wahlprogramm	9
WPA 1 Vergaberegister zur Korruptionsbekämpfung - Positivliste	9
WPA 2 Landärztemangel entgegenwirken	9
WPA 3 Vergaberegister zur Korruptionsbekämpfung - Negativliste	9
WPA 4 Abschaffung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene	9
WPA 5 Herabsetzung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene auf 1%	10
WPA 6 Herabsetzung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene auf 2%	10
WPA 7 Herabsetzung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene auf 3%	10
WPA 8 Herabsetzung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene auf 4%	11
WPA 9 Beibehalten der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene	11
WPA 10 Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 0 Jahre	11
WPA 11 Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 12 Jahre	12
WPA 12 Aufhebung von §5 FeiertG LSA (Tanzverbot u.a. an Feiertagen)	12
WPA 13 Flächendeckendes barrierefreies Notruf- und Informationssystem per Mobilfunk (SMS-Notruf)	12
WPA 14 Verbandsklagerecht	12
WPA 15 Mehr Polizeibeamte, weniger Überwachung	13
WPA 16 Verbesserte Ausstattung der Polizei	13
WPA 17 Mehr und besser ausgestattete Polizeibeamte statt mehr Überwachung	13
WPA 18 Flächendeckendes barrierefreies Notruf- und Informationssystem per Mobilfunk (SMS-Notruf) - Zielgruppe präzisiert	14
WPA 19 Klare Trennung von Kirche und Staat	14
WPA 20 Änderung der öffentlichen Vergabep Praxis	14
WPA 21 Rechtsextremismus	14
WPA 22 Geschlechter- und Familienpolitik	14
WPA 23 Ablehnung von Fracking	15
WPA 24 Kulturerhalt und -förderung (inkl. kulturelle Vielfalt vs. Prestigeobjekte)	15
WPA 25 Aufhebung von §11 FeiertG LSA (Einschränkung der Versammlungsfreiheit)	16
WPA 26 Aufhebung von §§5,11 FeiertG LSA (Veranstaltungsverbot und Einschränkung der Versammlungsfreiheit an christlichen Feiertagen) (überarbeitet)	16

WPA 27	Ungehinderter Zugang zu Verwaltungsdaten	17
WPA 28	Flüchtlinge und Migranten_innen - Asylpolitik	17
WPA 29	Neofaschismus	18
WPA 30	Fachärztemangel	18
WPA 31	Präventionsmaßnahmen Neofaschismus	19
WPA 32	Zweistufiges Schulsystem	19
WPA 33	Bildungspolitik ist Bundespolitik	19
WPA 34	Bildungsversorgung in der Fläche	19
WPA 35	Einführung einer einheitlichen Schulbekleidung	19
WPA 36	Ablehnung Leistungsorientierte Mittelvergabe an Hochschulen	20
WPA 37	Neofaschismus Alternative	20
WPA 38	Neofaschismus Alternative 2	20
WPA 39	Neofaschismus Alternative 3	21
3	Grundsatzprogramm	22
GP 1	Öffentliche Infrastruktur	22
GP 2	Grundsatz Position zum Wettbewerb zwischen Hochschulen	22
4	Positionspapier	23
PP 1	Ablehnung von Versuchen der Firma BASF mit gentechnisch veränderten Kartoffeln	23
PP 2	Geldreformen als Schlüssel gegen die Finanzkrise	23
PP 3	Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 0 Jahre	23
5	Geschäftsordnungsanträge	24
GOA 1	Reduzierung der Stimmkarten von zwei zu eine	24
6	Sonstiger Antrag	25
SA 1	Ablehnung von gegenderte Sprache in offiziellen Texten	25
SA 2	Sprachliche Gleichstellung	25
SA 3	Keine bindende geschlechtersprachlichen Regelung	25
SA 4	Laufendes Parteiprogramm	25
SA 5	Eröffnung des Wahlprogramms 2016	26
SA 6	Vorstandbeschluss 2012-04-09-006 validieren	26
SA 7	Vorstandbeschluss 2012-04-09-006 validieren (Alternative)	26
SA 8	Sonstiges: Bildungssymposion	26

1 Satzungsänderungen

SÄA 1 - § 2 (2) - Mitgliedschaft (Änderung)

Antragssteller: Stephan Schurig

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgende Änderung des §2 (2) der Satzung des LV Sachsen-Anhalt zu vollziehen:

(2) Der Landesverband und jede **untergeordnete** Gliederung führt ein Piratenverzeichnis auf entsprechender Ebene.

Alte Fassung:

(2) Der Landesverband und jede **niedere** Gliederung führt ein Piratenverzeichnis auf entsprechender Ebene.

SÄA 2 - Ladungsmodalitäten - Anpassung §9b (2) (Der Landesparteitag) an Bundessatzung

Antragssteller: René Emcke

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, §9b (2) (Der Landesparteitag) der Landessatzung wie folgt zu ändern:

(2) Der Landesparteitag tagt mindestens einmal jährlich. Die Einberufung erfolgt aufgrund eines Vorstandsbeschlusses. Wenn ein Zehntel der Piraten, mindestens aber zehn Piraten es beim Vorstand beantragen, muss dieser binnen 2 Wochen einen Parteitag einberufen. Der Vorstand lädt jedes Mitglied schriftlich **per Brief oder Fax** mindestens 4 Wochen vorher ein. **Es gilt per Brief das Datum des Poststempels, per Fax der mit Datum und Unterschrift vom Versender bestätigte Sendebericht. Ist eine E-Mail-Adresse bekannt, so kann vorher per E-Mail eingeladen werden. Die reguläre Einladung kann entfallen, wenn das Mitglied den Empfang der E-Mail spätestens 4 Wochen vor dem Landesparteitag bestätigt hat.** Die Einladung hat Angaben zum Tagungsort, Tagungsbeginn, vorläufiger Tagesordnung und der Angabe, wo weitere, aktuelle Veröffentlichungen gemacht werden, zu enthalten. Spätestens 1 Woche vor dem Parteitag sind die Tagesordnung in aktueller Fassung, die geplante Tagungsdauer und alle bis dahin dem Vorstand eingereichten Anträge im Wortlaut zu veröffentlichen.

Alte Fassung:

(2) Der Landesparteitag tagt mindestens einmal jährlich. Die Einberufung erfolgt aufgrund eines Vorstandsbeschlusses. Wenn ein Zehntel der Piraten, mindestens aber zehn Piraten es beim Vorstand beantragen, muss dieser binnen 2 Wochen einen Parteitag einberufen. Der Vorstand lädt jedes Mitglied schriftlich **(Brief, Email oder Fax)** mindestens 4 Wochen vorher ein. Die Einladung hat Angaben zum Tagungsort, Tagungsbeginn, vorläufiger Tagesordnung und der Angabe, wo weitere, aktuelle Veröffentlichungen gemacht werden, zu enthalten. Spätestens 1 Woche vor dem Parteitag sind die Tagesordnung in aktueller Fassung, die geplante Tagungsdauer und alle bis dahin dem Vorstand eingereichten Anträge im Wortlaut zu veröffentlichen.

SÄA 3 - Landesfinanzordnung

Antragssteller: Alexander Zinser

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen die **derzeitige Landesfinanzordnung** durch folgenden Text zu ersetzen:

§1 Allgemeines

(1) Es gilt im Wesentlichen die Bundesfinanzordnung.

(2) Der Vorstand ist dem Vier-Augen-Prinzip verpflichtet. Jede Transaktion muß von zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet werden, wobei der übrige Vorstand unverzüglich in Kenntnis zu setzen ist, oder durch einen Vorstandsbeschluss gedeckt sein.

(3) Der Schatzmeister des Landesverbandes kann gegen Transaktionen sein Veto einlegen, wenn es die Finanzlage erfordert.

(4) Der Schatzmeister des Landesverbandes kann von untergeordneten Gliederungen alle für den Rechenschaftsbericht notwendigen Daten einfordern. Sollte dies nicht möglich sein, hat er zeitnah Ordnungsmaßnahmen zu beantragen.

§2 Mitgliedsbeitrag

(1) Der Mitgliedsbeitrag wird zum Jahresbeginn vollständig an die für das Mitglied zuständige Gliederung überwiesen. Der Mitgliedsbeitrag wird von der für das Mitglied zuständigen Gliederung quartalsweise über die Umlage an die höheren Gliederungen überwiesen.

(2) Der Mitgliedsbeitrag wird abzüglich des Bundesanteils wie folgt aufgeteilt: 50% an den Landesverband, 25% an den zuständigen Kreisverband und 25% an den zuständigen Ortsverband. Sofern eine Gliederung nicht existiert, gehen die Gelder an die jeweils übergeordnete Gliederung.

§3 Virtuelle Kreisverbände

(1) Basierend auf den politischen Grenzen werden für alle Kreise ohne existierenden Kreisverband Konten in der Buchhaltung geschaffen (virtuelle Kreisverbände). Auf diese Konten werden alle Finanzen gebucht, die einem tatsächlich existierenden Kreisverband zustünden.

Alte Fassung:

1. Es gilt im Wesentlichen die Bundesfinanzordnung.
2. Der Vorstand ist dem Vier-Augen-Prinzip verpflichtet. Jede Transaktion muß von zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet werden, wobei der übrige Vorstand unverzüglich in Kenntnis zu setzen ist, oder durch einen Vorstandsbeschluss gedeckt sein.
3. Der Schatzmeister des Landesverbandes kann gegen Transaktionen sein Veto einlegen, wenn es die Finanzlage erfordert.
4. Der Schatzmeister des Landesverbandes kann von untergeordneten Gliederungen alle für den Rechenschaftsbericht notwendigen Daten einfordern. Sollte dies nicht möglich sein, hat er zeitnah Ordnungsmaßnahmen zu beantragen.

SÄA 4 - Umlage PartFin

Antragssteller: Alexander Zinser

- konkurrierend zu 5
- konkurrierend zu 6

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Abschnitt in die **Landesfinanzordnung** aufzunehmen:

§XX - Umlage Parteienfinanzierung

Die Gelder aus der Parteienfinanzierung werden auf Landesebene nach folgendem Schlüssel umgelegt:

- (1) 10% der Parteienfinanzierung verbleibt bis zur nächsten Abschlagszahlung, mindestens jedoch für ein Jahr, als Rücklage beim Landesverband. Aufgelöste Rücklagen werden zur aktuellen Abschlagszahlung addiert und entsprechend diesem Schlüssel umgelegt.
- (2) Vom verbleibenden Betrag gehen 50%, mindestens jedoch ein Sockelbetrag von 3600 EUR per anno, an den Landesverband. Der Restbetrag geht an die untergliederten Kreisverbände.
- (3) Die Verteilung des Anteils der Kreisverbände erfolgt zu je einem Drittel nach Sockel, nach Einwohner und nach Fläche der Kreisverbände.
 - (3a) Der Sockelanteil eines Kreisverbandes berechnet sich aus dem Verhältnis Anzahl der politischen Kreise des Kreisverbandes zu Anzahl der politischen Kreise des Landes.
 - (3b) Der Anteil nach Einwohner berechnet sich aus dem Verhältnis Einwohnerzahl des Gebietes des Kreisverbandes zu Einwohnerzahl des Landes.
 - (3c) Der Anteil nach Fläche berechnet sich aus dem Verhältnis Fläche des Gebietes des Kreisverbandes zu Fläche des Landes.
- (4) Sofern in einem politischen Kreis noch kein Kreisverband existiert, wird der entsprechende Betrag gegen ein virtuelles Unterkonto des Landesverbandes gebucht. Von diesem Unterkonto sollen primär Aktionen in dem jeweiligen Gebiet finanziert werden. Der Landesvorstand ist berechtigt diesen Betrag begründet anderweitig zu verwenden.
- (5) Anspruch auf Auszahlung aus der Parteienfinanzierung besteht ab dem Monat der Gründung eines Kreisverbandes.

SÄA 5 - Umlage PartFin BaWü

Antragssteller: Alexander Zinser

- konkurrierend zu 4
- konkurrierend zu 6

Antragstext:

Der LPT möge beschließen, den folgenden Text an geeigneter Stelle in die **Landesfinanzordnung** aufzunehmen:

§X Parteienfinanzierung

- (1) Die Parteienfinanzierung für den Landesverband und all seine Untergliederungen werden nach folgendem Schlüssel unter den Gliederungen verteilt.
- (2) Dem Landesverband stehen 50%, den Kreisverbänden 25% und den Ortsverbänden 25% der Parteienfinanzierung zu.
- (3) Unter den Gliederungen gleicher Ebene wird die Parteienfinanzierung durch die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Landesverbandes geteilt. Anschließend wird mit der Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder der betroffenen Gliederung multipliziert. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder jeder Gliederung wird durch den Landesvorstand festgestellt. Stichtag ist jeweils der 31.12. des Vorjahres.
- (4) Sofern eine Gliederung nicht existiert, gehen die Gelder an die jeweils übergeordnete Gliederung.
- (5) Der Landesverband verteilt die Parteienfinanzierung quartalsweise auf seine Gliederungen.

SÄA 6 - Umlage PartFin BaWü Sicher

Antragssteller: Alexander Zinser

- konkurrierend zu 4
- konkurrierend zu 5

Antragstext:

Der LPT möge beschließen, den folgenden Text an geeigneter Stelle in die **Landesfinanzordnung** aufzunehmen:

§X Parteienfinanzierung

- (1) Die Parteienfinanzierung für den Landesverband und all seine Untergliederungen werden nach folgendem Schlüssel unter den Gliederungen verteilt.
- (2) Dem Landesverband stehen 50%, den Kreisverbänden 25% und den Ortsverbänden 25% der Parteienfinanzierung zu.
- (3) Unter den Gliederungen gleicher Ebene wird die Parteienfinanzierung durch die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Landesverbandes geteilt. Anschließend wird mit der Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder der betroffenen Gliederung multipliziert. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder jeder Gliederung wird durch den Landesvorstand festgestellt. Stichtag ist jeweils der 31.12. des Vorjahres.
- (4) Sofern eine Gliederung nicht existiert, gehen die Gelder an die jeweils übergeordnete Gliederung.
- (5) Abschlagszahlungen werden zurückgelegt und am 01.01. des Folgejahres ausgeschüttet.

SÄA 7 - Finanzrat

Antragssteller: Alexander Zinser

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Abschnitt in die **Landesfinanzordnung** aufzunehmen:

§X - Finanzrat

- (1) Der Landesparteitag wählt einmal jährlich zwei Piraten des Landesverbandes in den Finanzrat der Piratenpartei Deutschland.

SÄA 8 - Gliederungen

Antragssteller: Alexander Zinser

- konkurrierend zu 9
- konkurrierend zu 16

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, §7 (**Gliederung**) der Landessatzung wie folgt zu ändern

- (1) Der Landesverband Sachsen-Anhalt gliedert sich in Orts-, Kreis- und Regionalverbände.
- (2) Regionalverbände sind Kreisverbände im Sinne der Bundessatzung, deren Gebiet sich über mehr als einen politischen Kreis erstreckt. Eine Koexistenz von Kreis- und Regionalverband auf dem selben Gebiet ist nicht zulässig.
- (3) Gründet sich eine Untergliederung oder ändert ihre Satzung, so muss dem Landesvorstand die aktuelle Satzung vorgelegt werden.
- (4) Die Geschäftsordnung des Vorstandes einer Untergliederung ist von allen Vorstandsmitgliedern zu unterschreiben und dem Landesvorstand in Kopie vorzulegen. Die Geschäftsordnung ist an geeigneter Stelle online zu stellen. Änderungen an der Geschäftsordnung sind dem Landesvorstand unverzüglich zu melden sowie in der Onlineversion zu aktualisieren.

Alte Fassung:

(1) Die Gliederung des Landesverbands regelt die Bundessatzung.

SÄA 9 - Gliederungen (Alternative mit Gründungsklausel)

Antragssteller: René Emcke

- konkurrierend zu 8
- konkurrierend zu 16

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, §7 (Gliederung) der Landessatzung wie folgt zu ändern

- (1) Der Landesverband Sachsen-Anhalt gliedert sich in Orts-, Kreis- und Regionalverbände.
- (2) Regionalverbände sind Kreisverbände im Sinne der Bundessatzung, deren Gebiet sich über mehr als einen politischen Kreis erstreckt. Eine Koexistenz von Kreis- und Regionalverband auf dem selben Gebiet ist nicht zulässig.
- (3) Der Gründung eines Kreisverbandes müssen mindestens drei akkreditierte Piraten aus jedem politischen Kreis mehrheitlich zustimmen. Insgesamt müssen der Gründung mindestens zehn akkreditierte Piraten mehrheitlich zustimmen.
- (4) Sofern der zuständige Kreisverband keine anderen Regelungen getroffen hat, gilt für die Gründung von Ortsverbänden Absatz (3) Satz 2.
- (5) Gründet sich eine Untergliederung oder ändert ihre Satzung, so muss dem Landesvorstand die aktuelle Satzung vorgelegt werden.
- (6) Die Geschäftsordnung des Vorstandes einer Untergliederung ist von allen Vorstandsmitgliedern zu unterschreiben und dem Landesvorstand in Kopie vorzulegen. Die Geschäftsordnung ist an geeigneter Stelle online zu stellen. Änderungen an der Geschäftsordnung sind dem Landesvorstand unverzüglich zu melden sowie in der Onlineversion zu aktualisieren.

Alte Fassung:

(1) Die Gliederung des Landesverbands regelt die Bundessatzung.

SÄA 10 - § 11 - Satzungs- und Programmänderung (3)

Antragssteller: Roman Ladig

Antragstext:

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, §11 (3) der Landessatzung wie folgt zu ändern:

- (3) Vom Landesparteitag kann ein eigenes Grundsatzprogramm für den Landesverband sowie Wahlprogramme für Kommunal- und Landtagswahlen verabschiedet werden. Diese dürfen dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland nicht widersprechen.

Alte Fassung:

- (3) Das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland wird vom Landesverband übernommen. Ein eigenes Wahlprogramm basierend auf den Werten des Grundsatzprogrammes kann auf Landesebene für Kommunal- und Landtagswahlen bei Bedarf vom Landesparteitag verabschiedet werden.

SÄA 11 - § 10 - Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen

Antragssteller: Roman Ladig

Antragstext:

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, §10 der Landessatzung wie folgt zu ändern:

- (1) Die Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen erfolgt nach Maßgabe der Wahlgesetze und den Vorgaben der Bundessatzung. Soweit die Vorschriften der Wahlgesetze nicht vorgehen oder ein anderes vorschreiben, gilt im Übrigen das Prozedere in den nachfolgenden Absätzen.
- (2) Landeslisten werden von der Mitgliederversammlung des Landesverbandes aufgestellt, sofern nicht eine gemeinsame Liste zusammen mit dem Bundesverband zur Europawahl aufgestellt wird.
- (3) Die Mitglieder werden nach § 9b dieser Satzung zur Wahl geladen. Lassen die Wahlgesetze kürzere Ladungsfristen zu, so genügt deren Einhaltung. In der Einladung wird ausdrücklich auf die Bewerberaufstellung hingewiesen. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 10 % der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.
- (4) Wahlkreisbewerber werden
 1. In Wahlkreisen, deren Grenzen deckungsgleich mit denen eines oder mehrerer Regional- bzw. Kreisverbände sind, von

den existierenden Gliederungen selbst aufgestellt,

2. in sonstigen Fällen beruft der Landesvorstand die Wahlkreisversammlung ein. In diesen Versammlungen wählen jeweils die in einem gemeinsamen Wahlkreis wohnhaften Piraten einen gemeinsamen Wahlkreisbewerber,

3. falls Punkt 2. nicht möglich ist zu Landtagswahlen auch in einer Landesversammlung der zur Wahl des Landtages wahlberechtigten Piraten gewählt.

(5) Die Bewerberaufstellung zu Kommunalwahlen nach dem Kommunalwahlgesetz regeln die Gliederungen unterhalb des Landesverbandes selbst.

Alte Fassung:

(1) Die Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen erfolgt nach den Regularien der einschlägigen Gesetze sowie den Vorgaben der Bundessatzung.

(2) Die Aufstellung kann sowohl als Mitgliederversammlung des zuständigen Stimm- bzw. Wahlkreises als auch im Rahmen einer anderen Mitgliederversammlung stattfinden, sofern gewährleistet wird, dass alle Stimmberechtigten in angemessener Zeit und Form eingeladen wurden und nur die Stimmberechtigten an der Wahl teilnehmen. Die Einladung muss dabei explizit auf die Bewerberaufstellung hinweisen.

SÄA 12 - Liquid Democracy

Antragssteller: Karl

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt an passender Stelle in die Satzung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt einzufügen.

Liquid Democracy

(1) Die Piratenpartei Deutschland Sachsen-Anhalt nutzt zur Willensbildung über das Internet eine geeignete Software. Diese muss die "Anforderungen für den Liquid Democracy Systembetrieb" erfüllen, welche vom Vorstand beschlossen werden.

Die Mindestanforderungen sind:

a) Jedes Mitglied muss die Möglichkeit haben, Anträge im System zu stellen. Zulassungsqouren und Antragskontingente sind zulässig, müssen jedoch für alle Mitglieder gleich sein.

b) Das System muss ohne Moderatoren auskommen.

c) In das System eingebrachte Anträge dürfen nicht gegen den Willen des Antragsstellers von anderen Mitgliedern verändert oder gelöscht werden können.

d) Jedem Mitglied muss es innerhalb eines bestimmten Zeitraums möglich sein, Alternativanträge einzubringen.

e) Das eingesetzte Abstimmungsverfahren darf Anträge, zu denen es ähnliche Alternativanträge gibt, nicht prinzipbedingt bevorzugen oder benachteiligen. Mitgliedern muss es möglich sein, mehreren konkurrierenden Anträgen gleichzeitig zuzustimmen. Der Einsatz eines Präferenzwahlverfahrens ist hierbei zulässig.

f) Es muss möglich sein, die eigene Stimme mindestens themenbereichsbezogen durch Delegation an ein anderes Mitglied zu übertragen. Diese Delegationen müssen jederzeit widerrufbar sein und übertragenes Stimmgewicht muss weiter übertragen werden können. Selbstgenutztes Stimmgewicht darf nicht weiter übertragen werden.

(2) Der Vorstand stellt den dauerhaften und ordnungsgemäßen Betrieb des Systems sicher.

(3) Jedem Mitglied ist Einsicht in den abstimmungsrelevanten Datenbestand des Systems zu gewähren. Während einer Abstimmung darf der Zugriff auf die jeweiligen Abstimmdaten anderer Mitglieder vorübergehend gesperrt werden.

(4) Die Organe sind gehalten, das Liquid Democracy System zur Einholung von Empfehlungen zur Grundlage ihrer Beschlüsse zu nutzen und vom diesen Empfehlungen abweichende Entscheidungen zu begründen. Das Schiedsgericht ist davon ausgenommen.

(5) Die Organe der Partei sind angehalten, die Anträge, die im Liquid Democracy System positiv beschieden wurden, vorrangig zu behandeln.

(6) Teilnahmeberechtigt ist jeder Pirat, der nach der Satzung Mitglied der Piratenpartei Sachsen-Anhalt ist. Jeder Pirat erhält genau einen persönlichen Zugang, der nur von ihm genutzt werden darf.

(7) Verstößt ein Nutzer wiederholt und in erheblichem Maße gegen die Nutzungsbedingungen des Systems, so kann der Vorstand als Ordnungsmaßnahme dem Nutzer auf Zeit das Recht entziehen, Anträge oder andere Texte in das System einzustellen. Im Falle technischer Angriffe auf das System, die von einem angemeldeten Benutzer ausgehen, kann dieses Benutzerkonto durch Administratoren vorübergehend gesperrt werden.

SÄA 13 - Landesvorstand Piraten LSA - Amtszeitbegrenzung/Wiederwahl

Antragssteller: Markus Hünninger

Antragstext:

Ich beantrage der LPT möge beschließen den **Punkt (3) in §9a** zu ergänzen durch:

Der Vorsitzende und der 2. Vorsitzende können nur 3x in Folge für diese Ämter kandidieren und dürfen dieses Amt maximal 6 Jahre übernehmen. Danach ist eine Kandidatur für ein Vorstandsamt, für die Dauer der geleisteten Amtszeit (in Jahren, aufgerundet) nicht zulässig.

SÄA 14 - Kandidatur, Amtszeit, Wiederwahl, Landtag, Kreistage, Stadträte

Antragssteller: Markus Hünninger

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, **§10** der Landessatzung durch folgenden neuen Absatz zu ergänzen:

Piraten, die zwei Legislaturperioden (unabhängig von der Dauer) Mitglieder von Volksvertretungen waren, können für die Dauer der geleisteten Zeit als Mitglied dieser Vertretung nicht wieder für das gleiche Gremium kandidieren.

SÄA 15 - ein Pirat - ein Mandat

Antragssteller: Markus Hünninger

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, **§10** der Landessatzung durch folgenden neuen Absatz zu ergänzen:

Ein Pirat darf nicht mehr als ein Mandat innehaben.

SÄA 16 - Gliederungen_3

Antragssteller: Kevin Oelze

- konkurrierend zu **8**
- konkurrierend zu **9**

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, **§7 (Gliederung)** der Landessatzung wie folgt zu ändern

- (1) Der Landesverband Sachsen-Anhalt gliedert sich in Orts-, Kreis- und Regionalverbände.
- (2) Regionalverbände sind Kreisverbände im Sinne der Bundessatzung, deren Gebiet sich über mehr als einen politischen Kreis erstreckt. Eine Koexistenz von Kreis- und Regionalverband auf dem selben Gebiet ist nicht zulässig.
- (3) Gründet sich eine Untergliederung oder ändert ihre Satzung, so muss dem Landesvorstand die aktuelle Satzung vorgelegt werden.

Alte Fassung:

- (1) Die Gliederung des Landesverbands regelt die Bundessatzung.

SÄA 17 - Maximale Spendenhöhe von 5000 Euro

Antragssteller: Christian Kunze

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden neuen Punkt der **Finanzordnung** des Landesverbands hinzuzufügen:

Die maximale Spendenhöhe an den Landesverband von juristischen Personen (Firmen, Konzerne) und Privatpersonen darf 5000 Euro nicht überschreiten.

2 Wahlprogramm

WPA 1 - Vergaberegister zur Korruptionsbekämpfung - Positivliste

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 17:32, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu 3

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgende Formulierung im Wahlprogramm zu ändern:

Wir wollen ein Vergaberegister schaffen, mit dessen Hilfe bereits **positiv** auffällig gewordene Firmen künftig von der Vergabe öffentlicher Aufträge **bevorzugt** werden können (**Positivliste**). **Zu diesem Zwecke werden alle Unternehmen aufgeführt, die sich bei vorangegangenen Projekten als vertrauenswürdig erwiesen haben.** Diese Informationen sollen nicht nur Behörden zur Verfügung stehen, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit.

Alte Fassung:

Wir wollen ein Vergaberegister schaffen, mit dessen Hilfe bereits **negativ** auffällig gewordene Firmen künftig von der Vergabe öffentlicher Aufträge **ausgeschlossen** werden können. Diese Informationen sollen nicht nur Behörden zur Verfügung stehen, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit.

WPA 2 - Landärztemangel entgegenwirken

Antragssteller: Martin Otto

Wiki-Version: 17:51, 9. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag (LPT) möge beschließen, dem Landärztemangel aktiv gegenzusteuern.

WPA 3 - Vergaberegister zur Korruptionsbekämpfung - Negativliste

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 17:54, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu 1

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgende Formulierung im Wahlprogramm zu ändern:

Wir wollen ein Vergaberegister schaffen, mit dessen Hilfe bereits negativ auffällig gewordene Firmen künftig von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden können (**Negativliste**). **Zu diesem Zwecke werden alle Unternehmen aufgeführt, die sich bei vorangegangenen Projekten als nicht vertrauenswürdig erwiesen haben. Dazu muss im Vorfeld eine Negativliste mit Verhaltensverboten aufgestellt werden, welche sich an der Definition „Unzulässige geschäftliche Handlungen“ im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) orientiert. Bei Zuwiderhandlung kommt es zur Eintragung des Unternehmens in eine schwarze Liste. Die Löschung dieser Daten ist erst nach einer bestimmten Zeit möglich.** Diese Informationen sollen nicht nur Behörden zur Verfügung stehen, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit.

Alte Fassung:

Wir wollen ein Vergaberegister schaffen, mit dessen Hilfe bereits negativ auffällig gewordene Firmen künftig von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden können. Diese Informationen sollen nicht nur Behörden zur Verfügung stehen, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit.

WPA 4 - Abschaffung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:03, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu 5
- konkurrierend zu 6
- konkurrierend zu 7
- konkurrierend zu 8

- konkurrierend zu 9

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Punkt an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt fordert die Abschaffung der Sperrklausel bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt.

WPA 5 - Herabsetzung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene auf 1%

Antragssteller: Stephan Schurig
Wiki-Version: 18:06, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu 4
- konkurrierend zu 6
- konkurrierend zu 7
- konkurrierend zu 8
- konkurrierend zu 9

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Punkt an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt fordert die Herabsetzung der Sperrklausel in Sachsen-Anhalt bei Landtagswahlen auf 1%.

WPA 6 - Herabsetzung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene auf 2%

Antragssteller: Stephan Schurig
Wiki-Version: 18:07, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu 4
- konkurrierend zu 5
- konkurrierend zu 7
- konkurrierend zu 8
- konkurrierend zu 9

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Punkt an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt fordert die Herabsetzung der Sperrklausel in Sachsen-Anhalt bei Landtagswahlen auf 2%.

WPA 7 - Herabsetzung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene auf 3%

Antragssteller: Stephan Schurig
Wiki-Version: 18:07, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu 4
- konkurrierend zu 5
- konkurrierend zu 6
- konkurrierend zu 8
- konkurrierend zu 9

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Punkt an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt fordert die Herabsetzung der Sperrklausel in Sachsen-Anhalt bei Landtagswahlen auf 3%.

WPA 8 - Herabsetzung der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene auf 4%

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:10, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu [4](#)
- konkurrierend zu [5](#)
- konkurrierend zu [6](#)
- konkurrierend zu [7](#)
- konkurrierend zu [9](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Punkt an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt fordert die Herabsetzung der Sperrklausel in Sachsen-Anhalt bei Landtagswahlen auf 4%.

WPA 9 - Beibehalten der 5%-Hürde bzw. Sperrklausel auf Landesebene

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:11, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu [4](#)
- konkurrierend zu [5](#)
- konkurrierend zu [6](#)
- konkurrierend zu [7](#)
- konkurrierend zu [8](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Punkt an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Sperrklausel bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt von 5% beizubehalten.

WPA 10 - Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 0 Jahre

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:50, 12. Apr. 2012

- konkurrierend zu [11](#)

Antragstext:

Es wird beantragt ins Wahlprogramm folgende Forderung einzufügen:

Die Piratenpartei fordert die vollständige Aufhebung des notwendigen Mindestalters zur Wahrnehmung des aktiven Wahlrechts bei Landtagswahlen und damit eine Anpassung des § 42 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Das aktive Wahlrecht soll ab der Geburt von jedem Bürger wahrgenommen werden können. Die erstmalige Ausübung dieses Wahlrechts erfordert für Unter-16-Jährige die selbständige Eintragung in eine Wählerliste. Eine Stellvertreterwahl durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab.

WPA 11 - Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 12 Jahre

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:50, 12. Apr. 2012

- konkurrierend zu [10](#)

Antragstext:

Es wird beantragt ins Wahlprogramm folgende Forderung einzufügen:

Die Piratenpartei fordert die Senkung des notwendigen Alters zur Wahrnehmung des aktiven Wahlrechts bei Landtagswahlen auf 12 Jahre und damit eine Anpassung des § 42 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Die erstmalige Ausübung dieses Wahlrechts erfordert für Unter-16-Jährige die selbständige Eintragung in eine Wählerliste. Eine Stellvertreterwahl durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab.

WPA 12 - Aufhebung von §5 FeiertG LSA (Tanzverbot u.a. an Feiertagen)

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:15, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu [25](#)
- konkurrierend zu [26](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Abschnitt an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Aufhebung des §5 FeiertG LSA

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt strebt die Aufhebung des §5 Gesetz über die Sonn- und Feiertage (FeiertG LSA) an. Die Trennung von Religion und Staat bzw. die Selbstbestimmung des Individuums ist höher zu bewerten, als der erhöhte Schutz religiöser Bräuche. Durch Beibehalten von §4 bleibt der besondere Schutz von Gottesdiensten jedoch bestehen.

WPA 13 - Flächendeckendes barrierefreies Notruf- und Informationssystem per Mobilfunk (SMS-Notruf)

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:50, 12. Apr. 2012

- konkurrierend zu [18](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, in das Wahlprogramm für die kommende Landtagswahl an geeigneter Stelle aufzunehmen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt setzt sich für die zeitnahe Einführung eines flächendeckenden barrierefreien Notruf- und Informationssystem per Mobilfunk in Sachsen-Anhalt ein. Weiterhin unterstützen wir nach Möglichkeit alle Bemühungen für eine bundesweite Umsetzung.

WPA 14 - Verbandsklagerecht

Antragssteller: Alexander Magnus

Wiki-Version: 18:21, 9. Apr. 2012

Antragstext:

Wir setzen uns für die Einführung eines Verbandsklagerechtes für anerkannte Tierschutzorganisationen im Sachsen-Anhalt ein. Tiere können als Lebewesen nicht selbst für ihre Rechte eintreten bzw. diese verteidigen. Daher sind sie auf Vertreter in Form von Verbänden angewiesen. Obwohl Tier- und Umweltschutz nach Art. 20a GG denselben Verfassungsrang haben, werden die beiden Staatsziele ungleich behandelt, wenn es um das Verbandsklagerecht geht. Erfahrungen in Bremen, wo es die Tierschutzverbandsklage inzwischen gibt, zeigen zudem, dass die von den Gegnern der Verbandsklage befürchtete Klageflut ausgeblieben ist. Da auf Bundesebene keine Lösung in Sicht ist, ist die Einführung des Verbandsklagerechts auf Landesebene geboten.

WPA 15 - Mehr Polizeibeamte, weniger Überwachung

Antragssteller: Alexander Magnus

Wiki-Version: 18:23, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu [16](#)
- konkurrierend zu [17](#)

Antragstext:

Statt den Bürgern Sicherheit durch mehr Überwachungsmaßnahmen vorzuspiegeln, sollten die Gelder dafür in die Beschäftigung von mehr Polizeibeamten investiert werden. Eine Kamera kann - sofern sie überhaupt von einem Beamten überwacht wird - keine Hilfe leisten oder herbeirufen. Ein vor Ort patrouillierender Polizei erhöht die subjektive und die tatsächliche Sicherheit, er kennt die Bewohner „seines“ Stadtteiles und kann, noch vor der Notwendigkeit von Sanktionen, auf Mitglieder der Gesellschaft einwirken, die auf die schiefe Bahn zu geraten drohen.

Allerdings lehnen wir einen Polizeistaat ab. Mehr Personal sollte lediglich in problematischen Regionen, Orten bzw. Plätzen bereit gestellt werden, oder dort, wo laufende Ermittlungen durch mangelndes Personal behindert oder gar unmöglich gemacht werden.

WPA 16 - Verbesserte Ausstattung der Polizei

Antragssteller: Alexander Magnus

Wiki-Version: 18:24, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu [15](#)
- konkurrierend zu [17](#)

Antragstext:

Um der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgaben in einem vernünftigen Maße zu ermöglichen, muss die materielle und personelle Ausstattung verbessert werden. Die Anschaffung von Ausrüstung wie z. B. Schutzwesten darf nicht dem einzelnen Polizisten aufgebürdet werden. Gleichzeitig müssen ausreichend Beamte beschäftigt werden, um die Polizeiarbeit angemessen bewältigen zu können.

WPA 17 - Mehr und besser ausgestatte Polizeibeamte statt mehr Überwachung

Antragssteller: Alexander Magnus

Wiki-Version: 18:25, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu [15](#)
- konkurrierend zu [16](#)

Antragstext:

Statt den Bürgern Sicherheit durch mehr Überwachungsmaßnahmen vorzuspiegeln, sollten die Gelder dafür in die Beschäftigung von mehr Polizeibeamten investiert werden. Eine Kamera kann - sofern sie überhaupt von einem Beamten überwacht wird - keine Hilfe leisten oder herbeirufen. Ein vor Ort patrouillierender Polizist erhöht die subjektive und die tatsächliche Sicherheit, er kennt die Bewohner „seines“ Stadtteiles und kann, noch vor der Notwendigkeit von Sanktionen, auf Mitglieder der Gesellschaft einwirken, die auf die schiefe Bahn zu geraten drohen.

Allerdings lehnen wir einen Polizeistaat ab. Mehr Personal sollte lediglich in problematischen Regionen, Orten bzw. Plätzen bereit gestellt werden, oder dort, wo laufende Ermittlungen durch mangelndes Personal behindert oder gar unmöglich gemacht werden.

Um der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgaben in einem vernünftigen Maße zu ermöglichen, muss die materielle und personelle Ausstattung verbessert werden. Die Anschaffung von Ausrüstung wie z. B. Schutzwesten darf nicht dem einzelnen Polizisten aufgebürdet werden.

WPA 18 - Flächendeckendes barrierefreies Notruf- und Informationssystem per Mobilfunk (SMS-Notruf) - Zielgruppe präzisiert

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:50, 12. Apr. 2012

- konkurrierend zu [13](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, in das Wahlprogramm für die kommende Landtagswahl an geeigneter Stelle aufzunehmen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt setzt sich für die zeitnahe Einführung eines flächendeckenden barrierefreien Notruf- und Informationssystem per Mobilfunk in Sachsen-Anhalt ein. Davon profitieren insbesondere gehörlose und schwerhörige Menschen in Gefahrensituationen. Weiterhin unterstützen wir nach Möglichkeit alle Bemühungen für eine bundesweite Umsetzung.

WPA 19 - Klare Trennung von Kirche und Staat

Antragssteller: Prof. Dr. Michael Rost, Biederitz

Wiki-Version: 18:29, 9. Apr. 2012

Antragstext:

Die Piratenpartei setzt sich für eine klare Trennung von Kirche und Staat ein. Die Piratenpartei ist für Religionsfreiheit und Gleichberechtigung aller Religionen. Jeder Mensch hat das Recht eine Religion auszuüben, aber jede Religion ist reine Privatsache jedes Menschen. Die Piratenpartei ist gegen weitere Alimentierung der Kirchen und Religionsgemeinschaften vom Staat, gegen das Eintreiben der Kirchensteuer durch den Staat, gegen vom Staat alimentierte kirchliche Hochschulen, gegen finanzielle Zuschüsse an Kirchen und Religionsgemeinschaften, gegen Religionsunterricht an staatlichen Schulen, gegen religiöse Zeichen in Schulen. Im Sinne eines evolutionären Humanismus dürfen Menschen ohne Religionsbindung nicht gegenüber anderen Menschen benachteiligt werden und umgekehrt. Die Piratenpartei setzt sich insbesondere auch für die Ablösung der historisch bedingten Finanztransfers an die Kirchen ein.

WPA 20 - Änderung der öffentlichen Vergabepaxis

Antragssteller: Andreas Rieger

Wiki-Version: 20:53, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Die Piratenpartei tritt für eine Änderung der Vergabepaxis für öffentliche Aufträge im Land Sachsen-Anhalt ein. Dabei soll in Zukunft nicht das günstigste Angebot, sondern das Angebot, das am nächsten an den im Planfeststellungsverfahren oder der Haushaltsplanung kalkulierten Kosten liegt, verwendet werden. Vergabeverträge sollen weiterhin immer so geschlossen werden, dass Änderung bei den Kosten zu Lasten der Firmen geht, die die Aufträge erhalten haben.

WPA 21 - Rechtsextremismus

Antragssteller: Alexander Magnus

Wiki-Version: 18:30, 9. Apr. 2012

- konkurrierend zu [29](#)
- konkurrierend zu [37](#)
- konkurrierend zu [38](#)

Antragstext:

In unserer Gesellschaft darf kein Platz für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sein. Rechtsextreme Propaganda muss als solche bloßgestellt und unsere demokratischen Werte ihr gegenübergestellt werden. Die Morde der sich selbst als „Nationalsozialistischer Untergrund“ bezeichnenden Vereinigung haben auf besonders erschreckende Art und Weise verdeutlicht, wie groß das Problem des Rechtsextremismus und die von ihm ausgehende Gefahr ist. In den vergangenen Jahren wurde dieses Problem allzu oft verkannt, ignoriert oder kleingeredet. Präventionsarbeit in diesen Bereichen wurde durch Budgetkürzungen erschwert und mitunter unmöglich gemacht. Diese Schritte müssen rückgängig gemacht werden, sodass diese Programme nicht nur ihre alte Stärke zurückgewinnen, sondern darüber hinaus weiter ausgebaut werden können.

WPA 22 - Geschlechter- und Familienpolitik

Antragssteller: Stephan Schurig
Wiki-Version: 13:24, 11. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Abschnitt im Wahlprogramm unter dem Punkt „Geschlechter- und Familienpolitik“ einzufügen:

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Jeder Mensch muß sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und für die individuell von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilmahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung

Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals “Geschlecht” durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen.

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Die Piraten bekennen sich zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich angesehen werden müssen.

WPA 23 - Ablehnung von Fracking

Antragssteller: Stephan Schurig
Wiki-Version: 13:30, 11. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Abschnitt an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Ablehnung von Fracking

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt lehnt Hydraulic Fracturing, auch Fracking genannt, als Gasfördermethode ab. Durch diese Methode werden wir und zukünftige Generationen einem kaum kalkulierbaren Risiko ausgesetzt. Das Einbringen zahlreicher, zum Teil hochtoxischer Stoffe mit unkontrollierter Ausbreitung ist abzulehnen. Daher setzen wir uns für ein Verbot von Fracking auf allen politischen Ebenen ein. Um den Energiebedarf zu decken, setzen wir stattdessen auf Effizienzverbesserungen, Einsparungen und generative Energien mit modernen Speichertechniken zum Ausgleich von Fluktuationen bei Energieproduktion und -verbrauch.

WPA 24 - Kulturerhalt und -förderung (inkl. kulturelle Vielfalt vs. Prestigeobjekte)

Antragssteller: Stephan Schurig
Wiki-Version: 13:31, 11. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Abschnitt in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Kulturerhalt und -förderung

Wie ein demokratisches Gemeinwesen verfasst ist, wird treffend durch die Worte Friedrich Schillers beschrieben: „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit.“ Durch die Kulturförderung werden nicht nur die Kreativen geschützt, sondern auch unsere Haltung und Freiheitsrechte. Eine verantwortliche, transparente, anregende und nachhaltig gestaltende Kulturpolitik kräftigt eine zukunftsorientierte, vielfältige und humane Gesellschaft. Diese Politik muss die notwendigen Rahmenbedingungen für eine freie Entfaltung von Kunst und Kultur schaffen - sie darf diese nicht bewerten oder vereinnahmen.

Die kulturelle Freizügigkeit und Vielfalt sollen durch geförderten Freiraum und unter Berücksichtigung der Rechte der Anwohner verteidigt werden. Behörden sollen ihre Ermessensspielräume nutzen, um zugunsten von Kunst- und Kulturi-nitiativen zu entscheiden. Das Kulturleben soll sich auch als Wirtschaftsfaktor und Vernetzungsplattform lebendig weiterentwickeln. Kulturentwicklungsplanung ist vielschichtig und muss die kulturelle Bildung, Betätigung und Mitwirkung des Bürgers sowie die Künste und die Kulturwirtschaft aufeinander abstimmen und die dafür notwendigen Ressourcen und Verfahren definieren. Die Piratenpartei ist bestrebt, die Förderstruktur von Kunst und Kultur möglichst stabil zu halten. Bei einzelnen Sparten sollte auch in Wirtschaftskrisen nicht so stark gekürzt werden, dass ihre jeweilige Existenz gefährdet ist, denn im Gegensatz zu materiellen Werten kann eine verlorene kulturelle Infrastruktur nur langsam wieder aufgebaut werden.

Für die PIRATEN steht die Förderung kultureller Vielfalt über der einzelner Prestigeobjekte. Kleine Kulturprojekte sind meist ehrenamtlich organisiert, erreichen und beziehen in ihrer Gesamtheit aber deutlich mehr Menschen mit ein.

Der Zugang zu Kultureinrichtungen muss für alle Gesellschaftsschichten offen gehalten werden, damit diese Institutionen gesellschaftlich verankert sind. Des Weiteren müssen größtenteils öffentlich finanzierte Einrichtungen auch für die gesamte Bevölkerung zugänglich sein.

WPA 25 - Aufhebung von §11 FeiertG LSA (Einschränkung der Versammlungsfreiheit)

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:14, 13. Apr. 2012

- konkurrierend zu [12](#)
- konkurrierend zu [26](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Abschnitt an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Aufhebung des §11 FeiertG LSA

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt strebt die Aufhebung des §11 Gesetz über die Sonn- und Feiertage (FeiertG LSA) an. Für die PIRATEN ist die Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit an religiösen Feiertagen inakzeptabel. Die Trennung von Religion und Staat bzw. die Selbstbestimmung des Individuums ist höher zu bewerten, als der erhöhte Schutz religiöser Bräuche. Durch Beibehalten von §4 bleibt der besondere Schutz von Gottesdiensten jedoch bestehen.

WPA 26 - Aufhebung von §§5,11 FeiertG LSA (Veranstaltungsverbot und Einschränkung der Versammlungsfreiheit an christlichen Feiertagen) (überarbeitet)

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:25, 13. Apr. 2012

- konkurrierend zu [12](#)
- konkurrierend zu [25](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Abschnitt an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Aufhebung des Verbandsverbots und der Einschränkung der Versammlungsfreiheit an christlichen Feiertagen durch Abschaffung der §§ 5, 11 FeiertG LSA

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt strebt die Aufhebung der §§ 5 (Erhöhter Schutz) und 11 (Einschränkung von Grundrechten) des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (FeiertG LSA) an. Das Verbot von öffentlichen Veranstaltungen, die nicht der Würdigung des Feiertages oder der Kunst, Wissenschaft oder Volksbildung dienen ist abzuschaffen. Weiterhin ist die Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit an religiösen Feiertagen aufzuheben. Die Trennung von Religion und Staat bzw. die Selbstbestimmung des Individuums ist höher zu bewerten, als der erhöhte Schutz religiöser Bräuche. Durch Beibehalten von § 4 (Schutz der Gottesdienste) bleibt der besondere Schutz von Gottesdiensten jedoch bestehen.

WPA 27 - Ungehinderter Zugang zu Verwaltungsdaten

Antragssteller: Christoph Giesel

Wiki-Version: 23:54, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Abschnitt an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einfügen:

Ungehinderter Zugang zu Verwaltungsdaten

Die PIRATEN setzen sich für den ungehinderten Zugang zu Protokollen und allen entscheidungsrelevanten Unterlagen aller Gremien auf kommunaler Ebene ein. Dies umfasst auch öffentlich-rechtliche Körperschaften wie die kommunalen Zweckverbände sowie Verträge zwischen staatlichen Stellen und privaten Unternehmen.

Hierzu soll das Land Sachsen-Anhalt eine geeignete Infrastruktur bzw. Software bereitstellen, die die unkomplizierte Veröffentlichung der öffentlichen Daten im Internet ermöglicht. Die Daten müssen auch maschinenlesbar in freien Formaten unter freien Lizenzen zur Verfügung gestellt werden. Die Weiterverarbeitung, Aufbereitung und Auswertung durch Dritte ist ausdrücklich erwünscht. Auf einen barrierefreien Zugang muss besonderer Wert gelegt werden. Die Erstellung einer freien Software zur Veröffentlichung soll geprüft werden.

Das Informationszugangsgesetz und das Verwaltungskostengesetz des Landes sollen so erweitert werden, dass die kostenlose Erstellung und Versendung von Kopien vorgeschrieben werden, wenn die Daten nicht auf die beschriebene Weise veröffentlicht werden.

WPA 28 - Flüchtlinge und Migrant_innen - Asylpolitik

Antragssteller: Karl

Wiki-Version: 0:10, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Text mit dem neuen Bereich „Asylpolitik“ in das Parteiprogramm aufzunehmen:

Bleiberecht

Es muss eine umfassende Bleiberechtsregelung mit realistischen Erteilungsvoraussetzungen geben. Das aktive Bemühen von Menschen mit prekärem Aufenthalt muss durch die Behörden anerkannt werden. Außerdem müssen die Fristen zur Beantragung von acht Jahren Aufenthalt in Deutschland gesenkt werden um mehr Menschen neue Möglichkeiten zur selbständigen Lebensunterhaltssicherung zu ermöglichen.

Arbeit

Um eine gesellschaftliche Teilhabe aller Flüchtlinge und Migranten zu ermöglichen, sollen alle in Deutschland lebenden Menschen eine Arbeitserlaubnis erteilt bekommen. Dieses ermöglicht eine selbstständige Lebensunterhaltssicherung und bereichert den Arbeitsmarkt durch die bisher ungenutzten Qualifikationen der Menschen ohne Arbeitserlaubnis.

Ausbildung / Studium

Der Zugang zu Ausbildung und Studium für Flüchtlinge und Migranten muss gleichberechtigt ermöglicht werden um gerade in einer alternden Gesellschaft wie der Deutschlands die Chancen durch Migration zu nutzen und Perspektiven für alle zu entwickeln. Außerdem müssen ausländische Schulabschlüsse einfacher anerkannt werden. Im Schulbereich müssen bundesweit verbindliche Strukturen und Kapazitäten für Flüchtlingskinder geschaffen werden. Hierzu zählt auch die Sprachförderung und die Einschulung bis zum 18. Geburtstag.

Residenzpflicht

Diese in Europa einzigartige Regelung muss bundesweit für alle Menschen abgeschafft werden. Niemand soll in seinem Recht auf freie Bewegungsfreiheit beschränkt werden. Die Kriminalisierung und Diskriminierung von Flüchtlingen und Migranten muss aufhören.

Medizinische Versorgung

Der Zugang zu umfassender, unbürokratischer medizinischer Versorgung muss ermöglicht werden. Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden und die Menschen müssen Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse werden. Ein erfolgreiches Modell findet sich in Bremen.

Unterbringung

Unbürokratische Zusicherungen der Mietkostenübernahme durch das Sozialamt in Verbindung mit einer generellen Übernahme der Mietkaution als zinslosem Kredit.

Ausländerbehörde

Die soziale, fachliche und sprachliche Kompetenzen der Sachbearbeitern muss ausgebaut werden. Die ABH soll nicht nur restriktiv agieren, sondern die Menschen fördern und Teilhabe ermöglichen.

WPA 29 - Neofaschismus

Antragssteller: Karl
Wiki-Version: 0:10, 14. Apr. 2012

- konkurrierend zu [21](#)
- konkurrierend zu [37](#)
- konkurrierend zu [38](#)
- konkurrierend zu [39](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Text an passender Stelle in das Parteiprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt strebt eine vielfältige Gesellschaft an, in der sich alle Menschen im Rahmen eines friedlichen Zusammenlebens frei nach ihren eigenen Bedürfnissen entfalten können. Deswegen lehnen wir Meinungen, die andere Menschen erniedrigen, grundsätzlich ab. Außerdem erkennen wir an, dass diskriminierendes Gedankengut, wie z.B. Rassismus, Sexismus und Antisemitismus, kein Randproblem darstellt, sondern in der ganzen Gesellschaft zu finden ist. Daher beziehen wir explizit Stellung gegen menschenverachtende Weltanschauungen in organisierter, nicht organisierter als auch in alltäglicher Form.

WPA 30 - Fachärztemangel

Antragssteller: Martin Otto
Wiki-Version: 16:15, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text in ein dafür geeignetes Programm aufzunehmen:

Der Landesverband Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dem Landärztemangel gegenzusteuern. Seit Jahren ist die Zahl der praktizierenden Ärzte auf dem Land rückläufig. Das führt zu einer gravierenden Unterversorgung der gesundheitlichen Betreuung in ländlichen Regionen. Um diesem Mangel an Ärzten entgegenzusteuern, bedarf es umfangreicher struktureller Maßnahmen. Dazu gehört:

- der Beruf **Praktischer Arzt** muss wieder eingeführt werden
- der bürokratische Aufwand für Hausärzte muss erheblich erleichtert werden
- die angehenden Landärzte erfahren finanzielle und materielle Unterstützung bei der Einrichtung einer Praxis und erhalten ein permanentes Grundgehalt, welches gleich oder höher des regionalen Durchschnittsgehaltes eines Facharztes ist.
- der ärztliche Leistungskatalog muss zugunsten der ärztlichen Grundversorgung überarbeitet werden

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen sind umgehend Kommissionen einzusetzen, bestehend aus Fachleuten vom KVSA, dem Hausärzterverband Sachsen-Anhalt e.V., sowie dem Hartmannbund, die die anstehenden Probleme benennen, damit die Politik die zeitnahe Behebung auf den Weg bringen kann.

Als weitere Maßnahmen wird empfohlen:

- die Einführung eines nichtrückzahlbaren Zusatzstipendiums. Dieses geht einher mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zahlung anschließend auf dem Land zu arbeiten.
- die Neuordnung des Bereitschaftsdienstes sowie
- die Unterstützung von Familienmitgliedern bei der Erwerbstätigkeit

WPA 31 - Präventionsmaßnahmen Neofaschismus

Antragssteller: Alexander Magnus

Wiki-Version: 16:22, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text in ein dafür geeignetes Programm aufzunehmen, wenn der Antrag WPA29 - Neofaschismus angenommen wurde:

Die Präventions- und Aufklärungsarbeit, wie zum Beispiel Aussteigerprogramme, schulische Informationsveranstaltungen und Förderung von Bildungsreisen zu Gedenkstätten, wurde in den letzten Jahren durch Budgetkürzungen, unter anderem seitens des Bundesfamilienministeriums, erheblich erschwert und mitunter unmöglich gemacht. Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass diese Schritte rückgängig gemacht werden, damit diese Programme nicht nur ihre alte Stärke zurückgewinnen, sondern darüber hinaus weiter ausgebaut werden können.

WPA 32 - Zweistufiges Schulsystem

Antragssteller: Tom Westendorf

Wiki-Version: 16:25, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, ein zweistufiges Schulsystem in ein dafür geeignetes Programm aufzunehmen.

Das zweistufige Bildungssystem beinhaltet:

- gemeinsames Lernen von der ersten bis zur zehnten Klasse mit abschließender Realschulabschlussprüfung für alle
- anschließend wird die Möglichkeit gegeben, das weiterführende Gymnasium bis zur zwölften Klasse zu besuchen mit einer abschließenden Abiturprüfung

WPA 33 - Bildungspolitik ist Bundespolitik

Antragssteller: Andreas Rieger

Wiki-Version: 16:32, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Die Piratenpartei Sachsen Anhalt setzt sich dafür ein, dass das Land Sachsen Anhalt in der Kultusministerkonferenz für eine einheitliche Bildungspolitik auf Bundesebene eintritt, und das Kooperationsverbot aufgehoben wird.

WPA 34 - Bildungsversorgung in der Fläche

Antragssteller: Andreas Rieger

Wiki-Version: 16:40, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Die Piraten Sachsen-Anhalt treten für die Errichtung von Landschulen ohne Klassensystem in Bevölkerungsarmen Regionen ein, in der zumindest Mathematik und Deutsch als Grundfächer gelehrt werden und der restliche Fachunterricht unter Aufsicht dann in virtuellen Klassenräumen stattfindet.

WPA 35 - Einführung einer einheitlichen Schulbekleidung

Antragssteller: Tom Westendorf

Wiki-Version: 16:46, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, eine einheitliche Schulbekleidung innerhalb innerhalb der Schulen zu fördern.

WPA 36 - Ablehnung Leistungsorientierte Mittelvergabe an Hochschulen

Antragssteller: Michel Vorsprach , René Meye

Wiki-Version: 0:00, 15. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesverband möge folgenden Abschnitt an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einfügen:

In Sachsen-Anhalt werden die Hochschulen derzeit in Wettbewerben untereinander gemessen. Diese Wettbewerbe orientieren sich an verschiedenen Zielvereinbarungen

Diese Zielvereinbarungen enthalten Punkte zur Messung der „Leistung“ einer Hochschule wie z.B.:

- Abbrecher- & Absolventenquoten
- Kooperation Wirtschaft / Wissenschaft
- Profilbildung
- Gleichberechtigung (Anzahl der Absolventinnen, Professorinnen und Mitarbeiterinnen)

Damit die Hochschulen „motiviert“ werden, an diesem Wettbewerb teilzunehmen, wird die Teil-Auszahlung der jeweiligen Hochschulbudgets von bestimmten "Leistungenabhängig gemacht. Der Anteil des betreffenden Budgets steigt aktuell an, von 5% in 2011, über 2012 10% bis ins Jahr 2013 auf 15% des Gesamtbudgets der jeweiligen Hochschule (abzüglich der Mittel für Investitionen)

Wir sind der Meinung, dass diese Art der Leistungsorientierten Mittelvergabe die Universitäten in ihrer Aufgabe als unabhängige Institution für die Bildung und Forschung stark einschränken. Aus solch ein Wettbewerb profitieren vor allem die ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen.

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt sollen 100% ihrer Finanzierung erhalten, ohne in einen Wettbewerb treten zu müssen.

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt lehnt die Leistungsorientierte Mittelvergabe als eine Finanzierungsart für die Hochschulen im Land grundsätzlich ab.

WPA 37 - Neofaschismus Alternative

Antragssteller: mono

- konkurrierend zu [21](#)
- konkurrierend zu [29](#)
- konkurrierend zu [38](#)
- konkurrierend zu [39](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Text an passender Stelle in das Parteiprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt strebt eine vielfältige Gesellschaft an, in der sich alle Menschen im Rahmen eines friedlichen Zusammenlebens frei nach ihren eigenen Bedürfnissen entfalten können. Daher beziehen wir explizit Stellung gegen menschenverachtende Weltanschauungen in organisierter, nicht organisierter als auch in alltäglicher Form.

WPA 38 - Neofaschismus Alternative 2

Antragssteller: Torsten Tominski, Johannes Paul

- konkurrierend zu [21](#)
- konkurrierend zu [29](#)
- konkurrierend zu [37](#)
- konkurrierend zu [39](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Text an passender Stelle in das Parteiprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt strebt eine vielfältige Gesellschaft an, in der sich alle Menschen im Rahmen eines friedlichen Zusammenlebens frei nach ihren eigenen Bedürfnissen entfalten können. Deswegen lehnen wir Meinungen, die andere Menschen erniedrigen, grundsätzlich ab. Außerdem erkennen wir an, dass diskriminierendes Gedankengut kein Randproblem darstellt, sondern in der ganzen Gesellschaft zu finden ist. Daher beziehen wir explizit Stellung gegen menschenverachtende Weltanschauungen in organisierter, nicht organisierter als auch in alltäglicher Form.

WPA 39 - Neofaschismus Alternative 3

Antragssteller: Christoph Petzold

Wiki-Version: 0:10, 14. Apr. 2012

- konkurrierend zu [21](#)
- konkurrierend zu [29](#)
- konkurrierend zu [37](#)
- konkurrierend zu [38](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Text an passender Stelle in das Parteiprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt strebt eine vielfältige Gesellschaft an, in der sich alle Menschen im Rahmen eines friedlichen Zusammenlebens frei nach ihren eigenen Bedürfnissen entfalten können. Meinungen, die andere Menschen erniedrigen, teilen wir nicht. Außerdem erkennen wir an, dass diskriminierendes Gedankengut, wie z.B. Rassismus, Sexismus und Antisemitismus, kein Randproblem darstellt, sondern in der ganzen Gesellschaft zu finden ist. Daher beziehen wir explizit Stellung gegen menschenverachtende Weltanschauungen in organisierter, nicht organisierter als auch in alltäglicher Form.

3 Grundsatzprogramm

GP 1 - Öffentliche Infrastruktur

Antragssteller: MAoAm

Wiki-Version: 23:40, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge in sein Grundsatzprogramm folgenden Abschnitt einfügen:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt setzt sich für die Erhaltung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur ein.

Erreichbarkeit öffentlicher Verwaltung

Die Verwaltung einzelner Gebietsgliederungen soll für den Bürger möglichst barrierefrei erreichbar sein. Neben der persönlichen Erreichbarkeit, beinhaltet dies auch die Bereitstellung von Dienstleistungen auf elektronischem Weg.

Gesundheitswesen

Die medizinische Grundversorgung ist von zentralen öffentlichem Interesse. Daher darf es nicht durch Gewinnstreben dominiert werden. Sie soll und muss daher durch die öffentliche Hand flächendeckend sichergestellt werden. Privatisierungen von Kliniken oder Universitätskliniken lehnen wir ab.

Strom-, Gas-, Wasser-, Abwasser- und Telekommunikationsversorgung, Straßen- und Schienennetz

Jeder Bürger und jedes Unternehmen muss gleichberechtigten Zugang zu den Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsnetzen erhalten. Dazu soll die um sich greifende Privatisierung gestoppt und wenn möglich privatisierte Netze in die öffentliche Hand zurückgeführt werden.

ÖPNV

Da der freie Zugang zu Bildung, Wissen, Information, Kultur und Verwaltung gewährleistet sein muss, setzt sich die Piratenpartei Sachsen-Anhalt für einen flächendeckenden ÖPNV ein.

Bildung

Der freie Zugang zu Bildung ist den Piraten ein essentielles Anliegen. Die Qualität und Quantität von Bildungseinrichtungen muss flächendeckend sichergestellt werden.

GP 2 - Grundsatz Position zum Wettbewerb zwischen Hochschulen

Antragssteller: René Meye und Michel Vorsprach

Wiki-Version: 23:40, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesverband möge folgenden Abschnitt an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm einfügen:

Es gibt immer wieder Bestrebungen Hochschulen „effizienter“, „leistungstärker“ und „wettbewerbsfähiger“ zu gestalten. Dabei wird betont, Hochschulen sollen sich am vorgehen von Unternehmen orientieren. Ziel dieser Bestrebungen: Es sollen immer mehr Studenten in immer kürzerer Zeit „ausgebildet“ werden. Es sollen immer mehr (in der Wirtschaft direkt verwertbare) Forschungsergebnisse erzeugt werden.

Unsere Position: Wir lehnen diese Bestrebungen ab. Hochschulen und vor allem Universitäten sollen sich frei entfalten können. Diese Wettbewerbsorientierung führt von Bildung der Studenten zu einer reinen Ausbildung der Studenten. Studium ist mehr als fachliche Inhalte lernen. Diese Wettbewerbsfähigkeit führt zu einer reinen Erarbeitung von verwertbaren (meist ingenieurwissenschaftlichen / für Firmen erarbeiteten) Forschungsergebnissen und schränkt Grundlagenforschung und geisteswissenschaftliches vordenken ein.

4 Positionspapier

PP 1 - Ablehnung von Versuchen der Firma BASF mit gentechnisch veränderten Kartoffeln

Antragssteller: Spearmind

Wiki-Version: 18:50, 12. Apr. 2012

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piraten lehnen Versuche der Firma BASF mit gentechnisch veränderten Kartoffeln im Lande entschieden ab und fordern die Einstellung betreffender Planungen. Arbeitsplätze, die im Zusammenhang mit der Verbreitung gentechnisch veränderten Saatguts stehen, erklären wir als unerwünscht.

PP 2 - Geldreformen als Schlüssel gegen die Finanzkrise

Antragssteller: Prof. Dr. Michael Rost, Johannes Paul, Andreas Rieger

Wiki-Version: 16:36, 14. Apr. 2012

Antragstext:

Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt setzt sich für Reformen im Geldsystem ein. Insbesondere sollen durch parallele umlaufgesicherte Geldsysteme alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Kommunen geschaffen werden, regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützt werden und insgesamt damit die Umverteilung von Arm zu Reich durch unser Geldsystem unterbrochen und schrittweise abgelöst werden.

PP 3 - Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 0 Jahre

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:50, 12. Apr. 2012

Antragstext:

Es wird beantragt ins Positionspapier folgende Forderung einzufügen:

Die Piratenpartei fordert die vollständige Aufhebung des notwendigen Mindestalters zur Wahrnehmung des aktiven Wahlrechts bei Landtagswahlen und damit eine Anpassung des § 42 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Das aktive Wahlrecht soll ab der Geburt von jedem Bürger wahrgenommen werden können. Die erstmalige Ausübung dieses Wahlrechts erfordert für Unter-16-Jährige die selbständige Eintragung in eine Wählerliste. Eine Stellvertreterwahl durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab.

5 Geschäftsordnungsanträge

GOA 1 - Reduzierung der Stimmkarten von zwei zu eine

Antragssteller: Alexander Zinser

Wiki-Version: 19:21, 12. Apr. 2012

Antragstext:

Der LPT möge beschließen, § 5 Abs. (2) der Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:

(2) Für offene Wahlen und Abstimmungen erhält jeder Stimmberechtigte eine Stimmkarte. Bei Abstimmungen wird in einer Abfrage nacheinander nach Ja- und Nein-Stimmen gefragt, bei Zustimmung ist die Stimmkarte zu zeigen. Enthaltungen werden nicht gezählt.

Alte Fassung:

(2) Für offene Wahlen und Abstimmungen erhält jeder Stimmberechtigte zwei Stimmkarten, die durch Farbe, Symbol und Beschriftung als »Ja« und »Nein« gekennzeichnet sind. Bei Abstimmungen wird in einer Abfrage gleichzeitig nach Ja- und Nein-Stimmen gefragt, es ist die jeweils gewünschte Stimmkarte zu zeigen. Enthaltungen werden nicht gezählt.

6 Sonstiger Antrag

SA 1 - Ablehnung von gegenderte Sprache in offiziellen Texten

Antragssteller: Christoph Giesel

Wiki-Version: 20:57, 12. Apr. 2012

- konkurrierend zu [2](#)
- konkurrierend zu [3](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband erkennt an, dass es in der Deutschen Sprache eine Diskrepanz zwischen Sexus und Genus gibt. Mit der „Geschlechtergerechten Sprache“ wird der Versuch unternommen, dieses Problem zu lösen. Dennoch konnte bisher keine Lösung gefunden werden, die allen Ansprüchen gerecht wird. Bis eine einfachere und gerechte Lösung gefunden ist, soll zur Vereinheitlichung bei öffentlich Texten keine „sprachliche Gleichstellung der Geschlechter“ genutzt werden. Dies beinhaltet beispielsweise Doppelformen (Studentinnen und Studenten), Binnen-I (StudentInnen) oder auch Gender Gap (Student_innen).

Zu öffentlichen Texten zählen unter anderem Satzungen, Pressemitteilungen, Webseiten Artikel, offizielle Briefe bzw. Antworten, Flyern und Plakate.

SA 2 - Sprachliche Gleichstellung

Antragssteller: Karl

Wiki-Version: 20:57, 12. Apr. 2012

- konkurrierend zu [1](#)
- konkurrierend zu [3](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Sachsen-Anhalt empfiehlt allen seinen Mitgliedern sich bei offiziellen Texte z.B. mithilfe des sogenannten Gender Gaps (Student_innen), um eine sprachliche Gleichstellung aller Menschen jedweden gefühlten oder biologischen Geschlechts zu bemühen.

SA 3 - Keine bindende geschlechtersprachlichen Regelung

Antragssteller: Stephan Schurig

Wiki-Version: 18:32, 13. Apr. 2012

- konkurrierend zu [1](#)
- konkurrierend zu [2](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die (Nicht-)Anwendung und Wahl einer geschlechterspezifische Sprache in öffentlichen Texten soll den einzelnen Untergliederungen, Arbeitsgruppen, Crews, Piraten etc. selbst überlassen werden. Eine bindene Regelung für den gesamten LV ist abzulehnen, da diese in keinem anderen Bezug auf Sprache und Diskriminierung existieren bzw. gefordert werden.

Zu öffentlichen Texten zählen unter anderem Satzungen, Pressemitteilungen, Webseiten Artikel, offizielle Briefe bzw. Antworten, Flyern und Plakate.

SA 4 - Laufendes Parteiprogramm

Antragssteller: MAoAm

Wiki-Version: 16:42, 14. Apr. 2012

- konkurrierend zu [5](#)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, ein laufendes Parteiprogramm zu eröffnen.

SA 5 - Eröffnung des Wahlprogramms 2016

Antragssteller: Karl

- konkurrierend zu 4

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, das Landesprogramm 2016 zu eröffnen.

SA 6 - Vorstandbeschluss 2012-04-09-006 validieren

Antragssteller: Kevin Oelze

- konkurrierend zu 7

Antragstext:

Der Landesparteitag möge den Vorstandsbeschluss 2012-04-09-006 bestätigen oder ablehnen:

Wir sind eine globale Gemeinschaft von Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Abstammung sowie gesellschaftlicher Stellung, offen für alle mit neuen Ideen.

Wer jedoch mit Ideen von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie und anderen Diskriminierungsformen und damit verbundener struktureller und körperlicher Gewalt auf uns zukommt, hat sich vom Dialog verabschiedet und ist jenseits der Akzeptanzgrenze.

Wer es darauf anlegt, das Zusammenleben in dieser Gesellschaft zu zerstören und auf eine alternative Gesellschaft hinarbeitet, deren Grundsätze auf Chauvinismus und Nationalismus beruht, arbeitet gegen die moralischen Grundsätze, die uns als Piraten verbinden.

Die unterzeichnenden Piraten erklären das Vertreten von Rassismus und von der Verharmlosung der historischen und aktuellen faschistischen Gewalt für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft.

SA 7 - Vorstandbeschluss 2012-04-09-006 validieren (Alternative)

Antragssteller: Kevin Oelze

- konkurrierend zu 6

Antragstext:

Der Landesparteitag möge den folgenden Text beschließen:

Wir sind eine globale Gemeinschaft von Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Abstammung sowie gesellschaftlicher Stellung, offen für alle mit neuen Ideen.

Wer jedoch mit Ideen von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie und anderen Diskriminierungsformen und damit verbundener struktureller und körperlicher Gewalt auf uns zukommt, hat sich nicht grundsätzlich vom Dialog verabschiedet, dennoch vertreten wir diese Ansichten keinesfalls.

Wer es darauf anlegt, das Zusammenleben in dieser Gesellschaft zu zerstören und auf eine alternative Gesellschaft hinarbeitet, deren Grundsätze auf Chauvinismus und Nationalismus beruht, arbeitet gegen die moralischen Grundsätze, die uns als Piraten verbinden.

Die unterzeichnenden Piraten erklären das Vertreten von Rassismus und von der Verharmlosung der historischen und aktuellen faschistischen Gewalt für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft.

SA 8 - Sonstiges: Bildungssymposium

Antragssteller: Dominik „Ineluki“ Wondrousch

Antragstext:

Der Landesparteitag möge den Vorstand mit der Organisation eines Symposiums zum Thema Bildungspolitik beauftragen. Hierbei ist es wünschenswert, dass dieses Symposium vor dem nächsten Programmparteitag stattfindet.